

StR in / OS in / 1. StR / StR / 12. Kr. Bezirk / No. 1

Rathausfraktion



CDU Kreisverband
Neumünster

Gerd Kühl
für die CDU-Rathausfraktion

ab am 02.09.15

0217/2013/7M

Frau
Stadtpräsidentin
Anna-Katharina Schöttiger

1. September 2015

301.09.2015

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

für die CDU-Fraktion bitte ich darum, in der nächsten Sitzung der Ratsversammlung über folgende Resolution abstimmen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Gerd Kühl
Fraktionsvorsitzender

Resolution

Die Stadt Neumünster ist eine weltoffene und gastfreundliche Stadt. Wir sind stolz auf das vielfältige Engagement der Bürgerinnen und Bürger sowie ehrenamtlichen Helfer bei der Unterbringung, Betreuung und Begleitung von Flüchtlingen in unserer Stadt.

Die Ratsversammlung begrüßt und unterstützt die schnelle und unkomplizierte Hilfe der Stadt und dankt dem Stadtvorstand für die schnelle Unterstützung des Landes bei der Unterbringung der Flüchtlinge.

Bei aller Unterstützung für die Flüchtlinge registriert die Ratsversammlung gleichwohl, dass die Aufnahmekapazitäten in der Erstaufnahmestelle sowie den bereitgestellten Notunterkünften derzeit voll ausgeschöpft sind.

Damit für die tatsächlich hilfsbedürftigen Flüchtlinge aus Kriegsgebieten ausreichend Plätze zur Verfügung gestellt werden können, fordert die Ratsversammlung der Stadt Neumünster die Landesregierung auf:

1. den bisherigen Alleingang Schleswig-Holsteins beim Winterabschiebestopp zu beenden und nicht anerkannte Flüchtlinge bzw. Asylbewerber jederzeit konsequent zurückzuführen,
2. bei abgelehnten Asylanträgen eine schnellstmögliche Rückführung in die Heimatländer vorzunehmen,
3. der Einstufung weiterer Balkanstaaten (Kosovo, Albanien und Montenegro) als sichere Herkunftsländer zuzustimmen,
4. die bisherigen jahrelang bestehenden Vereinbarungen zur Erstaufnahme in der Scholtz-Kaserne auch weiterhin in vollem Umfang vom Land einzuhalten,
5. die landes- und bundeseigenen Liegenschaften in Schleswig-Holstein zunächst für die Unterbringung heranzuziehen.

Darüber hinaus fordert die Ratsversammlung die Landesregierung auf, die Kommunen bei der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen finanziell zu unterstützen und Personalkosten hierfür zu übernehmen. Um die bisherige Hilfsbereitschaft der Menschen im Land weiterhin zu gewährleisten und die in unserer Stadt gelebte Willkommenskultur nicht zu gefährden, bittet die Ratsversammlung der Stadt Neumünster das Land, die Bürgerinnen und Bürger über anstehende Maßnahmen, die Hintergründe und rechtliche Aspekte in Bezug auf die Flüchtlinge rechtzeitig aufzuklären und zu informieren.

Begründung:

Alle politischen Kräfte der Stadt wollen Menschen in Not und hilfsbedürftigen Menschen aus Krisengebieten in aller Welt nach besten Kräften, und so gut es geht, unterstützen, und sie in unserem Land und in unserer Stadt aufnehmen. Die bereitgestellten Unterkünfte sind überfüllt, sodass dafür Sorge zu tragen ist, dass menschenwürdige Unterkünfte insbesondere im Hinblick auf den Winter zur Verfügung gestellt werden können und nicht durch sich unberechtigt bei uns aufhaltende Menschen belegt werden.